

Wirtschaftliche, soziale und psychologische Aspekte der deutschen Wiedervereinigung nach 15 Jahren: Erfolge und Fehlentwicklungen

Von Günther Heydemann

I

Ohne Frage stellt die friedliche Revolution vom Herbst 1989 in der DDR das einschneidendste Datum der deutschen Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar, führte sie doch nur ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, zur Wiedervereinigung Deutschlands nach mehr als 40 Jahren Trennung. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde durch den parallel ablaufenden Zusammenbruch des Ostblocks ermöglicht, insbesondere durch den Kollaps des dort nach 1945 errichteten realsozialistischen, diktatorischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sowjetischen Typus. Das betraf auch die Sowjetunion selbst, die dadurch ihren Status als Hegemonialmacht in der Welt und zugleich ihren direkten politischen Einfluss in Ost- und Südosteuropa verlor. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde daher zum Symbol der Beendigung des Kalten Krieges.

Fixiert auf die epochalen Vorgänge von 1989/90 wird jedoch bisweilen übersehen, dass der auf die Revolutionen in den ost- und südosteuropäischen Ländern und in der UdSSR folgende Transformationsprozess die *eigentliche* – und bis heute nicht abgeschlossene – Umwälzung ihrer bis dahin bestehenden politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt mentalen Strukturen impliziert.¹ Das gilt auch für die DDR und ihre Umwandlung in ein demokratisches, rechtsstaatliches Gesellschaftssystem sowie die damit verbundene ordnungspolitische Transformation einer zentralen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft ab 1990. Da Probleme des wirtschaftlich-sozialen Umbruchs im Folgenden im Vordergrund stehen werden, seien zumindest einige weitere Facetten dieses umfassenden Prozesses kurz genannt:

Im Zuge des Übergangs von einer realsozialistischen Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie wurde mit der Neu- bzw. Wiederbegründung von Parteien, auch durch westdeutsche Hilfe, das bis dahin bestehende pseudo-pluralistische Parteiensystem in der DDR, mit dem Machtmonopol der SED an der Spitze, ersetzt durch ein tatsächlich pluralistisches politisches System. Auf diese Weise entstand eine völlig neue, demokratische Parteienstruktur, in der die frühere Staatspartei SED, später PDS, inzwischen ‚Die Linke‘,

¹ Vgl. Günther HEYDEMANN/Gunther MAI/Werner MÜLLER (Hg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999, mit weiterführender Literatur.

ebenso zum Konkurrenten um Wählerstimmen wurde wie andere Parteien auch. Diese Entwicklung, zugleich eine Adaption an das bestehende Parteiensystem in der früheren Bundesrepublik Deutschland, vollzog sich vor dem Hintergrund der ersten, freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 erstaunlich rasch.²

Zeitlich länger andauernd, aber ebenso durchgreifend, war die Transformation des Militärs, der Polizei, der Justiz, des Gesundheits- und Verkehrswesens sowie der Bildungsinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Als besonders kostenintensiv mit weiter ansteigender Tendenz erwies sich bis heute die Übernahme und Integration der in der DDR bestehenden Sozialsysteme (= Krankenversicherung, Sozialfürsorge, Renten und Pensionen). Pro Jahr weist der West-Ost-Transfer im Sozialbudget eine Summe von jährlich knapp 30 Mrd. € auf.³ Hinzuzurechnen ist auch noch der Umtausch der praktisch wertlosen 200 Mrd. DDR-Mark, wofür im Rahmen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die am 1. Juli 1990 in Kraft getreten war, ca. 130 Mrd. D-Mark (West) aufgewendet werden mussten. Schließlich kamen noch die hohen Auslandsschulden hinzu, welche die DDR aufwies, die im Jahr ihres Zusammenbruchs ca. 14 Mrd. \$ betrug.⁴ Obwohl es sich bei den genannten Bereichen um z.T. höchst sensible Problemkomplexe handelte, ist der jeweils damit verbundene Umwandlungsprozess insgesamt weitgehend konfliktfrei verlaufen.

Bis heute steht die exakte Höhe des gesamten Transfers nicht fest. Schätzungen belaufen sich auf eine Summe zwischen 1,2 und 1,9 Billionen €.⁵ Aus der Rückschau nach 15 Jahren deutsch-deutscher Wiedervereinigung muss daher unzweideutig festgestellt werden, dass deren Gesamtkosten bisher erheblich höher ausgefallen sind, als anfangs angenommen. Auch kann nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, dass sich die frühere Bundesrepublik Deutschland mit der Wiedervereinigung finanziell übernommen hat. Mehr noch – das bereits vor 1989/90 bestehende Staatsdefizit der früheren Bundesrepublik Deutschland ist aus o. g. Gründen noch einmal erheblich gewachsen, und die immer teurer werdenden Sozialsysteme als solche, sowie die sich anbahnenden, erheblichen Veränderungen der demographischen Strukturen, werden es weiter steigen lassen.

Gleichwohl gilt es ebenso klar festzuhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland der erste und bisher einzige moderne westliche Industriestaat ist,

2 Vgl. die ausgezeichnete Analyse von Gerhard A. RITTER, *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998, insbes. S. 194ff.

3 Vgl. Marvin OPPONG, *Was kostet die Deutsche Einheit?*, in: Freiraum 7 (2005), S. 14.

4 Vgl. Armin VOLZE, *Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen*, in: Eberhard KUHRT (Hg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen 1999, S. 151–183.

5 Vgl. OPPONG (wie Anm. 3), S. 14.

der einen so grundlegenden Transformationsprozess auf praktisch allen Ebenen hat durchführen müssen; einschlägige Vorerfahrungen hierzu bestanden nicht. Der seit 1952 bestehende „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“, der im Falle einer Wiedervereinigung die nötigen wirtschafts- und sozialpolitischen Informationen hätte beisteuern sollen, war 1974 abgeschafft worden, da er im Zuge der „Ostpolitik“ der sozial-liberalen Regierung als politisch nicht mehr opportun angesehen wurde. Dadurch gab es seitdem kein hochrangiges Beratungsgremium mehr, das die Bundesregierung(en) im Falle einer eintretenden Wiedervereinigung kompetent hätte beraten können. Seine Abschaffung kann aber auch als Indiz dafür gewertet werden, dass in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre die Auffassung wuchs, die Spaltung Deutschlands werde noch sehr lange andauern bzw. überhaupt nicht mehr überwunden werden können. Fest steht jedenfalls, dass eine große Mehrheit der Deutschen in beiden deutschen Staaten, einschließlich ihrer Regierungen, eine Wiedervereinigung Ende der 1980er Jahre kaum mehr für möglich gehalten hat. Auf den nach der friedlichen Revolution in der DDR einsetzenden Transformationsprozess im Rahmen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung war man daher letztlich unvorbereitet, nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht.

II

In der Rückschau erwies sich der Umbau der in der DDR bis 1990 existenten zentralen Planverwaltungswirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft als das schwierigste Problem. Neben einer nahezu kompletten Wirtschaftsreform waren allerdings auch noch die bestehende marode Infrastruktur in der DDR zu sanieren, ihr völlig veraltetes Kommunikationssystem zu ersetzen sowie tiefgreifende Umweltschäden zu beseitigen. Auch diese unumgänglichen Modernisierungsmaßnahmen für die Entwicklung einer modernen, effizienten Wirtschaft in Ostdeutschland erwiesen sich als sehr kostenintensiv.

Zugleich darf nicht übersehen werden, dass die umfassende wirtschaftspolitische Umstrukturierung der DDR zu einem Zeitpunkt vorgenommen wurde, als in beiden deutschen Staaten bereits eine Krise des Arbeitsmarktes bestand, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in differenten Formen: In Westdeutschland durch die seit Ende der 1970er Jahre sukzessive wachsende Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund des stetig ansteigenden Lohnniveaus; in der DDR eine systembedingte Beschäftigungskrise in Form „verdeckter Arbeitslosigkeit“ – mit einem Wort: zu wenig Arbeit für zu viele Beschäftigte. Systemspezifisch für die Wirtschaft der DDR kamen darüber hinaus dazu: mangelnde Rohstoffe, fehlende Werkzeuge, ausbleibende Ersatzteile, verschlissene, reparaturanfällige Maschinen sowie veraltete Produktionsanlagen, und nicht zuletzt ein krisenanfälliges Energiesystem. Allein diese Faktoren

hatten die Arbeitsproduktivität, ohnehin immer niedriger als in der Bundesrepublik, kontinuierlich sinken lassen. 1989/90 befand sich die DDR „auf einem Entwicklungsstand bei Produktion und Beschäftigung, wie er für die alte Bundesrepublik in den sechziger Jahren anzutreffen war“.⁶ Entsprechend betrug die Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft im Jahre 1983 nur 47 % im Vergleich zur Bundesrepublik, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war sie noch niedriger. De facto war die Wirtschaft der DDR nur noch in der künstlichen Abschottung des RGW überlebensfähig gewesen, gemessen an den Anforderungen einer zunehmend globalen Weltwirtschaft war sie dies schon seit längerem kaum mehr. Erschwerend kam hinzu, dass mit dem Zusammenbruch der UdSSR ab 1990/91 auch ihr wichtigster Handelspartner wegfiel.

Tatsächlich ist der bestehende, katastrophale Zustand der Wirtschaft in der DDR von den westdeutschen Eliten insgesamt erheblich unterschätzt worden – und damit auch das Ausmaß substanziell notwendiger Transformation und Modernisierung auf der ökonomischen Mikro- und Makroebene wie ebenso in zeitlicher Hinsicht. Als „Exportweltmeister“ der Weltwirtschaft ökonomisch längst international und global ausgerichtet, hat man offensichtlich die enormen Wirtschaftsprobleme des zweiten deutschen Staates in unmittelbarer Nachbarschaft übersehen. Da-rüber hinaus ist es bis heute eine offene Frage geblieben, inwieweit der Bundesnachrichtendienst (BND) tatsächlich über verlässliche Informationen zur bestehenden sozioökonomischen Lage in der DDR verfügte.

Weil die Weiterführung einer wie auch immer „vergesellschafteten Wirtschaft“ nach 40 Jahren ökonomischer Ineffizienz in der DDR keine sinnvolle wirtschaftspolitische Option mehr darstellen konnte, war eine umfassende Privatisierung unumgänglich; durch die „Treuhand“ vorgenommen, die bis Ende 1994 bestand, implizierte sie eine grundlegende Adaptierung des DDR-Wirtschaftssystems an die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Als essenzielle wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung unaufschiebbar, ist es indes bei der praktischen Durchführung der Privatisierung auch zu Fehlern und Unkorrektheiten gekommen; so wurden etwa konkurrenz- bzw. noch modernisierungsfähige DDR-Betriebe bisweilen unter Wert verkauft, ebenso konnten bestehende Produktionskapazitäten von westdeutschen bzw. ausländischen Firmen zu äußerst günstigen Preisen erworben werden, um sie sodann als potenzielle Konkurrenten auszuschalten. Übersehen werden darf dabei auch nicht, dass der vorherrschende Kapitalmangel in der DDR Ostdeutsche vom Erwerb bestehender Betriebe fast durchweg ausschloss.⁷

6 Udo LUDWIG, *Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 410–416, hier S. 412.

7 Inzwischen ist der Eigentumsanteil von Ostdeutschen an der privaten Wirtschaft jedoch kontinuierlich gestiegen; EBD. S. 411.

Insgesamt waren nach der Öffnung der internationalen Märkte Beschäftigung und Produktionsausstoß der ostdeutschen Betriebe auf ca. ein Viertel des Standes von 1989 gesunken. Die Mehrzahl war nicht mehr in der Lage, „markt-gängige Güter zu kostendeckenden Preisen“ auf einem globalen Markt anzubieten.⁸ Dies hatte wiederum den radikalen Abbau bestehender Industriebetriebe auf dem ehemaligen Gebiet der DDR zur Folge, dem ein ebenso rasanter Abbau von Arbeitsplätzen parallel lief.

Als weiteres, gravierendes Problem kam hinzu, dass die vor allem aus sozialpolitischen Gründen unumgängliche Entscheidung, eine rasche Lohnangleichung zwischen der DDR als Niedriglohnland und der Bundesrepublik als Hochlohngebiet vorzunehmen, zwangsläufig zu einer Verteuerung der Produktionskosten führte und auf diese Weise die Konkurrenzfähigkeit der neuen Bundesländer weiter verschlechterte. Zwar haben die Einkommen ostdeutscher Arbeitnehmer inzwischen mehr als 80 % der Höhe der westdeutschen Löhne und Gehälter erreicht – im Unterschied etwa zu Polen und Tschechien, wo die Einkommen im Schnitt nur ein Fünftel und weniger betragen. Die sukzessiv vorgenommene Angliederung reduzierte aber zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der in den neuen Bundesländern hergestellten Produkte: „Während in den genannten ehemals osteuropäischen Ländern die Produktivität den Löhnen voraus ist, ist das Verhältnis in Ostdeutschland genau umgekehrt.“⁹

Gleichwohl ist durch das Wirken der Treuhand ein umfassender und für die weitere Entwicklung Gesamtdeutschlands zugleich unverzichtbarer Modernisierungsprozess ausgelöst worden, der die seit Jahrzehnten bestehende Stagnation und Ineffektivität der industriellen Wirtschaftsproduktion in der DDR überwand und den Durchbruch zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft ermöglichte, ohne dass dieser Prozess allerdings bis heute abgeschlossen werden konnte. Noch immer werden ca. 30 % der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Ostdeutschland nicht aus den dort vor Ort erwirtschafteten Einkommen finanziert. Welche Schere zwischen Ost- und West-Deutschland nach wie vor klafft, zeigt etwa die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1995 bis heute. Während es in den Ländern der früheren Bundesrepublik um 13 % stieg, legte das BIP in den neuen Bundesländern, einschließlich Berlin, nur um 6 % zu.¹⁰ Entsprechend holt die dortige, wirtschaftliche Entwicklung nur in „Trippelschritten“ auf.¹¹ Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch festgehalten werden, dass sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Westdeutschland von rund 2 % seit der Wiedervereinigung von 1990

8 EBD. S. 414.

9 Wilhelm HINRICHS/Ricarda NAUENBURG, *Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 393–401, hier S. 398.

10 „Osten verliert weiter an Boden“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 27.7.2005.

11 „Ost-Wirtschaft holt nur langsam auf“, in: FAZ vom 20.6.2005.

halbiert hat; in den vergangenen fünf Jahren wuchs es im vereinten Deutschland jährlich sogar nur noch um 0,7 %.¹² Diese niedrige Wachstumsrate, einschließlich ihrer gravierenden Konsequenzen für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit im wiedervereinten Arbeitsmarkt Deutschlands, ist allerdings vornehmlich auf die seit Jahren geringe Inlandsnachfrage und erst jetzt abflauende Konsumzurückhaltung der gesamtdeutschen Bevölkerung zurückzuführen.

Andererseits führte die Wiedervereinigung zu einer erhöhten Nachfrage nach westdeutschen Investitions- und Konsumgütern in Ostdeutschland. So konnte die westdeutsche Wirtschaft durch ihr dortiges Engagement zumindest in den ersten Jahren zusätzliche Gewinne verbuchen, die aber nur z.T. in das Gebiet der ehemaligen DDR zurückflossen. Schließlich erwies sich auch die Verlagerung der Hauptstadt von Bonn nach Berlin als wirtschaftsfördernd.

Dennoch ist das zu geringe Wachstum in den neuen Bundesländern noch immer eine Folge der früheren SED-Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bereits ein halbes Jahr nach seinem Machtantritt hatte Erich Honecker Ende 1971 die letzten Reste des noch in der DDR existenten Mittelstandes durch Enteignungen und andere Maßnahmen zerschlagen. Eine solch tragende soziale Schicht mit rentabler, Arbeitsplätze schaffender Industrie wächst daher seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern erst langsam wieder heran.¹³ Zudem ist der Mittelstand auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 40 Jahren Diktatur und Planwirtschaft kapitalschwach und deshalb kaum zu umfassenden Investitionen imstande.

Aus diesem, aber auch aus anderen Gründen konnte der wirtschaftliche Transformationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bisher nur in einigen Regionen und nicht flächendeckend Erfolge zeitigen; insofern sind „blühende Landschaften“ nur in den Räumen Leipzig/Halle, Dresden und Brandenburg-Südwest ansatzweise entstanden.¹⁴ Tatsächlich hat die enorme staatliche Wirtschaftsförderung im Osten zwar beträchtliche Erfolge gezeitigt, in der Fläche ist sie aber bislang gescheitert. Ohnehin dürfte die absehbare Entwicklung anders verlaufen. Strukturschwache Peripherie-Regionen werden weiterhin einigen ökonomisch starken Regionen gegenüberstehen, die zukünftig nun die Funktion von „Wachstumskernen“ ausüben sollen.¹⁵

12 „Wachstum und Freiheit“, in: FAZ vom 16.3.2006.

13 „Die Finanzprobleme der Ost-Länder haben tiefe Ursachen“, in: „Bayernkurier“ vom 11.2.2006.

14 Vgl. „Ostdeutschland bleibt förderungswürdig“, in: FAZ vom 26.7.2005. Daher werden die o.g. Regionen ab 2010 im Rahmen der EU-Regionalhilfe aus der Höchstförderhöhe herausfallen, da dort das Durchschnittseinkommen je Einwohner bereits auf über 75 % des EU-Durchschnitts gestiegen ist.

15 Vgl. hierzu auch die kritische Analyse des früheren Bundeskanzlers Helmut SCHMIDT, *Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bilanz und Ausblick*, Reinbek 2005.

Die noch auf Jahre hinaus andauernden Transferleistungen, die ca. 70 Mrd. € jährlich im Rahmen des Solidarpakts II allein in der wiedervereinten Bundesrepublik ausmachen,¹⁶ bleiben somit ebenso unverzichtbar wie die weitere Förderung durch die Europäische Union (EU) mit ca. 3 Mrd. € pro Jahr. Dabei stellt der Transformationsprozess in Ostdeutschland im Rahmen der europäischen Integration einen Sonderfall dar, weil sich die Förderung der EU nur auf eine bestimmte Region Deutschlands, nämlich die ehemalige DDR, bezieht und nicht auf das gesamte Staatsgebiet, wie etwa in Polen oder Tschechien.

Problematisch ist, dass diese enormen finanziellen Leistungen in den neuen Bundesländern bisher nicht immer für tatsächliche Investitionen aufgewendet wurden, da z.T. mehr als die Hälfte davon „zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Sozialkassen“ verwendet werden musste.¹⁷ Es ist daher davon auszugehen, dass Arbeitsproduktivität und Netto-Löhne auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erst im Jahre 2020 das gegenwärtige West-Niveau erreichen. Dennoch hatten die privaten Haushalte in Ostdeutschland, die 1989 nur dem Standard eines durchschnittlichen westdeutschen Haushalts zu Ende der 1950er Jahre entsprachen, bereits Mitte der 1990er Jahre das westdeutsche Niveau von 1992 erreicht. Das bedeutet einen Wohlfahrtssprung von 30 Jahren innerhalb weniger Jahre!

Ohne Zweifel hat sich insgesamt ein rascher, allerdings noch über Jahre hinaus nicht abgeschlossener, gesamtwirtschaftlicher Anpassungsprozess an westdeutsche Verhältnisse und damit der Wandel zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vollzogen. Während der Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) von 9,0 % (1989) auf 3,3 % (2004) gesunken ist, und der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) von 45,9 % (1989) auf 26,3 % (2004) fiel, stieg die Beschäftigung im tertiären Sektor, den Dienstleistungen, von 45,1 % (1989) auf inzwischen 70,4 % (2004).¹⁸ Diese Entwicklung zeigt, dass sich die neuen Bundesländer auf dem Weg zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft befinden.

III

Die etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern von rund 20 % im Vergleich zu Westdeutschland zieht indes nicht nur beträchtliche

16 Als finanzschwache Länder erhielten die neuen Bundesländer im letzten Jahr mit 28,6 Mrd. € immerhin 87,3 % durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich zu ihrer weiteren Förderung (Angaben aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums vom 13.3.2006).

17 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 415.

18 EBD. S. 413.

demographische Konsequenzen in den neuen Bundesländern selbst nach sich, sie erhält auch durch essenzielle demographische Veränderungen in Gesamtdeutschland, die gegenwärtig zu konstatieren sind, eine besondere Brisanz. Seit 1964 ist die Geburtenrate fast ausnahmslos stetig fallend, wie folgende Zahlen zeigen: 1964 = 1.357.304, 1965 = 782.310, 1990 = 905.675, 2005* = 676.000 Geburten.¹⁹ Diese Problematik ist mittel- und langfristige deshalb besonders folgenreich, weil Deutschland mit 1,36 Kindern je Frau ohnehin eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt aufweist. Betrachtet man die Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner, so liegt Deutschland seit über 30 Jahren weltweit auf dem letzten Platz.²⁰

Auch wenn man z.B. in Rechnung stellt, dass die Kopfstärke der nachwachsenden Generation, die etwa für die Sicherung der Sozialsysteme in hochentwickelten Industriegesellschaften aufzukommen hat, in Südkorea vergleichsweise am stärksten gefallen ist, so ist die Relation zwischen älterer und jüngerer Generation im Vergleich zu den USA, Spanien, Südkorea und Polen in (Gesamt-)Deutschland immer noch am niedrigsten. Dies wird ebenfalls deutlich an dem Verhältnis von Geborenen und Gestorbenen in Deutschland, das seit Beginn der 1970er Jahre einen negativen Geburtensaldo aufweist.

In den neuen Bundesländern wiederum beläuft sich die Geburtenrate nur noch auf 1,3 %. Nach 1990 betrug sie sogar kurzfristig nur 0,77 %. Denn abgesehen davon, dass die sog. „natürliche Einwohnerbilanz“ (= das Verhältnis von Geburtenhäufigkeit und Sterberate) parallel zum gesamtdeutschen Bundesdurchschnitt stark negativ ist und im Jahre 2002 in den neuen Bundesländern den Minuswert von 5,4 % erreichte, gibt es keinen Zweifel an der Tatsache, dass hinsichtlich der zweiten Komponente der Bevölkerungsentwicklung, dem Verhältnis von Zu- und Fortzügen (= Wanderungsbewegung) in Ostdeutschland, ein eindeutiger Zusammenhang besteht: Je höher die regional-lokale Arbeitslosigkeit dort ist, umso größer ist der entstehende Wanderungsverlust. „In den Jahren 1991 bis 2002 sind aus den sechs ostdeutschen Bundesländern zusammen fast 780.000 Personen mehr in die westlichen Länder gezogen als in umgekehrter Richtung. Ostdeutschland hat auf diese Weise 4,3 % seiner Einwohnerschaft verloren.“²¹ Auch wenn die Abwanderung inzwischen langsamer geworden ist, „entleert“ sich Ostdeutschland – demographisch gesehen – gegenwärtig weiter. Ebenso liegen die Geburtenzahlen dort konstant niedriger als in Westdeutschland. Durch Geburtenschwund, Arbeits-

19 Quelle: Statistisches Bundesamt/*Schätzung.

20 Für eine stabile Bevölkerungszahl in Deutschland wäre eine Rate von 2,1 Kindern je Frau notwendig. Vgl. Steffen KRÖHNERT/Franziska MEDICUS/Reiner KLINGHOLZ, *Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Daten, Fakten, Analysen*, hg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, München 2006.

21 Thorsten ERDMANN, *Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 402–409, hier S. 406.

losigkeit und Massenabwanderung geraten vor allem ländliche Regionen in Ostdeutschland in eine wachsende Krisenlage. Das heißt, der schon seit Anfang der 1970er Jahre bestehende negative Trend in der Geburtenentwicklung in Gesamtdeutschland wird noch einmal verstärkt durch die in Ostdeutschland vorherrschende hohe Arbeitslosigkeit, was in einer noch negativeren Geburtenrate zum Ausdruck kommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass es vor allem junge, qualifizierte Erwerbstätige bzw. Arbeitssuchende sind, die nach Westdeutschland ziehen, insbesondere in die prosperierenden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Auf diese Weise zerfällt das wiedervereinigte Deutschland sukzessive in Boom- und Schwundregionen. Dies bedeutet für Ostdeutschland sowohl eine schrumpfende Fertilität als auch nachlassende Kaufkraft. Für die dortigen Städte und Gemeinden heißt das, dass die Kommunen bei sich reduzierendem Steueraufkommen ihre notwendigen Ausgaben nicht mehr finanzieren können. Hält dieser Trend an, wobei der Alterungseffekt hinzukommt, wird die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Jahre 2020 nur noch 14,5 Millionen statt gegenwärtig noch 15,1 Millionen zählen. Das bedeutet, dass sich die Abhängigkeit Ostdeutschlands von finanziellen Transferleistungen weiter erhöhen dürfte – auch nach dem Ende von Solidarpakt II im Jahre 2019. Gegenwärtig hängen davon allein 850.000 Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern ab.

Solange es daher nicht gelingt, dort eine selbsttragende Wirtschaft zu errichten, bleibt Ostdeutschland in einer wirtschaftlichen und demographischen Abwärtsspirale gefangen. Das könnte mittel- und langfristig auch seine Attraktivität als Wirtschaftsraum gefährden und zwar nicht nur für Deutschland selbst, sondern auch als strategischer Wirtschaftsraum für die ost- und südosteuropäischen Länder.

IV

Der unumgängliche Umbau der Wirtschaftsordnung, die partielle Umschichtung des Arbeitskräftepotentials sowie die fortbestehende Arbeitsmigration können jedoch nicht nur aus rein ökonomischer Perspektive gesehen und beurteilt werden. Auch die sozialpsychologische Seite ist zu berücksichtigen. Es sind die beschäftigten Menschen, das Humankapital, die mit diesem in der Geschichte beispiellosen Umbruch, wie er in der DDR stattfand und in den neuen Bundesländern noch nicht zum Ende gekommen ist, fertig werden mussten und müssen; in der Regel bedeutete er eine völlige Veränderung ihrer bisher gewohnten Arbeits- und Lebensverhältnisse.²² Spätestens nach 1990 be-

²² Vgl. Hans-Joachim MAAZ, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1991 (mehrere Auflagen).

stand die gewohnte und tief verinnerlichte Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr – im Gegenteil: Millionenfach wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert oder fanden gravierende Veränderungen individueller Beschäftigungsverhältnisse statt. Auch wenn Arbeiter und Angestellte schon zu DDR-Zeiten Zeugen ihrer verfallenden Betriebe und sinkenden Produktivität geworden waren und deren umfassende Modernisierung selbst wünschten,²³ so betrachteten sie die nach 1990 tatsächlich erfolgende inner- wie außerbetriebliche Umstrukturierung mit zwiespältigen Gefühlen, wenn sie dadurch ihren Arbeitsplatz verloren und noch dazu über Jahre hinweg im gleichen Betrieb gearbeitet hatten. Zudem scheint die jahrelange Propaganda der SED und ihre ständige Verteufelung des Kapitalismus – der tatsächlich korrekte Begriff soziale Marktwirtschaft wurde bewusst nie verwendet – insbesondere bei älteren, ostdeutschen Arbeitnehmern noch stärker nachzuwirken. Scheinbar objektiv erfüllt(e) sich für viele beschäftigungslos Gewordene nun subjektiv deren Prophezeiung: „Kommt der Kapitalismus, kommt die Arbeitslosigkeit.“

Vor diesem Hintergrund wurde bzw. wird – bis heute – allzu häufig übersehen, dass es die SED und die von ihr geschaffene, über vier Jahrzehnte hinweg bestehende zentrale Planverwaltungswirtschaft gewesen ist, welche diesen umfassenden Transformationsprozess notwendig, ja absolut unverzichtbar gemacht hat. Auch wenn bei dieser weltweit bisher nie da gewesenem Umgestaltung im Verlauf der Wiedervereinigung unbezweifelbar Fehler geschehen sind, so darf nicht in Vergessenheit geraten, wer der eigentliche Urheber dieser totalen Fehlentwicklung gewesen ist: Die SED-Diktatur hatte 1989 nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht völlig abgewirtschaftet. Gerade diese unumstößliche Tatsache wird bisweilen von den Betroffenen vergessen bzw. verdrängt; gelegentlich sind Tendenzen zu einer DDR-Nostalgie – „Ostalgie“ – unverkennbar.²⁴

23 Vgl. hierzu die u.a. auf „Oral history“ fußende, komparative Studie zweier Leipziger Betriebe, in welcher klar zum Ausdruck kommt, dass die Beschäftigten bereits ab Mitte der 1980er Jahre überzeugt davon waren, dass ein grundlegender Umbau der dort bestehenden Produktionsverhältnisse unaufschiebbar sei; Francesca WEIL, *Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära*, Köln/Weimar/Wien 2000.

24 Das wird auch deutlich durch die „Sächsische Längsschnittstudie 1987–2005“ (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Foerster_Peter/foersterstudie-2006.pdf), die der frühere Leiter des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Prof. Dr. Peter Förster, mit den gleichen Probanden, der letzten Jahrgangsstufe der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule (POS), seit 1987 wiederholt durchgeführt hat. Nicht zuletzt auf teilweise wiederholt erlebter Arbeitslosigkeit ist es sicherlich zurückzuführen, dass eine Integration in das demokratische und marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik nur verhalten erfolgt. Die auch vom methodischen Ansatz her an sich verdienstvolle Langzeitbefragung Försters krankt jedoch daran, dass dieser statt von sozialer Marktwirtschaft nur von „Kapitalismus“ spricht und ebenso ausschließlich vom „System“ der Demokratie, nie jedoch von ihrem normativen Wert als solchem; demge-

Im seit mehr als 15 Jahren ablaufenden Transformations- und Integrationsprozess zwischen West- und Ostdeutschland schält sich daher zunehmend die Erkenntnis heraus, dass „die innere Einheit Deutschlands ein psychosozialer Langzeitprozess ist, in dem es vor allem um das Aufbrechen und Ändern von mentalen und emotionalen Tiefenprägungen geht. Äußere Grenz-Fälle geschehen in der Regel plötzlich, schnell und oft auch laut. Innere Grenz-Fälle und Grenz-Überschreitungen verlaufen meist langsam, langfristig und still. Bei der inneren Einigung in unserem Lande geht es also in besonderer Weise um innere Grenz-Fälle, um innere Grenz-Überschreitungen. Geduld und langer Atem sind angesagt, mit sich selbst und mit seinen Mitmenschen.“²⁵

In der Tat erweisen sich die unterschiedlichen, z.T. gegensätzlichen Sozialisationsprozesse und Lebenserfahrungen, welche die Deutschen in beiden deutschen Staaten, in Demokratie und Diktatur, oft über vier Jahrzehnte hindurch gemacht haben, als „lebenslastig“ im vollsten Wortsinn, in jedem Falle kollektiv wie subjektiv außerordentlich prägend. Der innere, psychologisch-mentale Integrationsprozess, der keineswegs nur eine Sache der Ostdeutschen ist, obwohl sie wesentlich stärker davon betroffen sind, sondern auch von den Westdeutschen bewerkstelligt werden muss, stellt sich aber auch deshalb als schwierig heraus, weil schon vor 1989 existente Probleme, wie etwa die demographische Entwicklung, die steigende Arbeitslosigkeit, das mangelnde Wirtschaftswachstum und die Staatsverschuldung mit den spezifischen Problemen der Wiedervereinigung seit 1990 zusammenfallen und sich potenziert haben. In bestimmten Bereichen erwächst daraus sogar eine Verschärfung dieser Probleme, was wiederum deren Lösung erschwert; so ist dies etwa im direkten Zusammenhang der demographischen Entwicklung in Gesamtdeutschland und der besonderen Krisenlage des ostdeutschen Arbeitsmarktes ganz offensichtlich. Insofern könnte ein positiver Fortgang des inneren deutsch-deutschen Integrationsprozesses durchaus eine Grundlage dafür abgeben, mit durchgreifenden Reformen die o. g. Probleme – neben weiteren – zu lösen oder zumindest teilweise beheben zu können. Doch insgesamt bleibt dies ein

gegenüber erwähnt Förster indes mit keinem Wort die in der DDR faktisch ausgeübte Diktatur und Repression durch die SED und das MfS, auch wird der ökonomische Zusammenbruch der DDR bzw. des gesamten Ostblocks aufgrund eines verfehlten Wirtschafts- und Produktionssystems kaum angesprochen. Insofern ist eine Reihe der in der Untersuchung gestellten Fragen als suggestiv zu bezeichnen. Die Studie wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert.

25 So zutreffend der ehemalige Professor für Geschichtsmethodik und Mitglied der SED, Wendelin SZALAI, *Sieben Anmerkungen*, in: Constanze JOHN/Kerstin SCHIMMEL (Hg.), *GrenzFall Einheit. Zwischenberichte aus Sachsen*, Leipzig 2005, S. 35–41; hier S. 39. Der Band vereinigt ganz unterschiedliche subjektive Erfahrungen des Transformations- und Integrationsprozesses seit 1989/90.

schwieriges Unterfangen, wie sich etwa am Beispiel der dringend notwendigen Erhöhung der Geburten in Deutschland zeigt: Auch höhere staatliche Sozialleistungen werden solange keinen durchschlagenden Erfolg erzielen, wenn die Sorge um den Arbeitsplatz grassiert, zu wenig Krippen- und Kindergartenplätze vorhanden sind oder insgesamt eine positive Einstellung zu Kindern gesamtgesellschaftlich zu schwinden beginnt.

Eine optimistischere Grunddisposition sowie ein übergreifendes Gemeinschaftsgefühl zwischen West- und Ostdeutschen lässt sich jedoch nicht befehlen oder künstlich herstellen; hierzu bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, um kollektiv wie individuell eine entsprechend positive mentale Einstellung zu erzielen. Solange aber im wiedervereinten Deutschland weiterhin hohe Arbeitslosigkeit besteht und das Wirtschaftswachstum unzureichend bleibt, dürfte sich an der gegenwärtig vorherrschenden, eher pessimistischen Grundeinstellung der Deutschen kaum etwas ändern. Dass eine optimistischere Stimmung auch zu stärkerer Konsumtion führt, hat die Fußball-WM in Deutschland jüngst gezeigt.

V

Es ist keine Frage, dass die enormen ökonomischen, sozialen und nicht zuletzt psychisch-mentalenen Umwälzprozesse bei den Bürgern der ehemaligen DDR auch Auswirkungen auf ihr Verhältnis zum neuen, politischen System der Demokratie hatten und haben, das in seiner westdeutschen Ausprägung zur grundlegenden politischen Ordnung in Ostdeutschland wurde.

Was zunächst ihre Akzeptanz der Demokratie angeht, so ist seit der Wende von 1989/90 eine sukzessiv sinkende Überzeugung in den neuen Bundesländern zu konstatieren. Auf die Frage, ob sie die beste Staatsform sei, hatten 1990 noch 41 % der Ostdeutschen mit „ja“ geantwortet, elf Jahre später waren es nur mehr 32 %.²⁶ „Als vorläufigen Höhepunkt demokratieskeptischer Grundhaltung, insbesondere der Ostdeutschen“ bezeichnen W. Hinrichs und R. Nauenburg die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vom September 2004, bei denen die bürgerlichen Parteien CDU und SPD zusammen in Brandenburg 14,5 % und in Sachsen sogar 16,7 % der Stimmen gegenüber 1999 verloren. Demgegenüber verzeichnete die PDS starke Zugewinne, zudem zogen die rechtsextremen Parteien DVU und NPD in beide Landtage ein.²⁷ Auch die „Linke“, ein Bündnis aus westdeutschen Linken und ostdeutscher PDS, bei der letzten Bundestagswahl im September 2005 erstmals

²⁶ Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Renate KÖCHER (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch für Demokratioskopie 1998–2002*, Allensbach 2002, S. 595.

²⁷ LUDWIG (wie Anm. 6), S. 393.

gemeinsam angetreten, erhielt immerhin 8,7 % der Wählerstimmen und wurde auf Anhieb viertstärkste Partei.

Gleichwohl wollen weder Ost- noch Westdeutsche die Mauer zurück; hier sind es in den alten Bundesländern gerade 6 % und in den neuen 5 %, die einen solchen Wunsch hegen.²⁸ Zudem ist das Verständnis im Westen für den „Aufbau Ost“ gewachsen; immerhin neun von zehn Befragten sind der Ansicht, dass dieser als gesamtdeutsche Verpflichtung weitergehen muss. Das spricht offensichtlich für einen stärkeren Zusammenhalt und gesamtdeutsches Denken, als es mitunter in den Medien kolportiert wird.²⁹

Eine entscheidende Frage bleibt jedoch, inwieweit die schwierige wirtschaftliche Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern Rückwirkungen auf die bisherige, in den letzten Jahren gesunkene Akzeptanz der Demokratie zeitigt. In dieser Hinsicht geht die moderne sozialwissenschaftliche Forschung davon aus, dass es „die subjektive Bewertung der ökonomischen Situation in Form der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sowie der sozialen und öffentlichen Sicherheit“ ist, aus welcher der Grad der „Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen“³⁰ resultiert. Dementsprechend wird konstatiert, dass sich die Erwartungen der Ostdeutschen von „einer zügigen Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland“ nach 1989/90 als illusionär erwiesen hätten.³¹ Die geweckten, aber nur teilweise erfüllten Erwartungen wirkten daher negativ auf die Demokratie Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt.

Der Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie, der allerdings wesentlich mehr als nur ein bloßer Wechsel der Systeme, sondern vor allem ein qualitativer normativer Sprung der politischen Grundordnungen gewesen ist, hat somit für viele Ostdeutsche subjektiv nicht das eingelöst, was man sich nach der Wiedervereinigung erhofft hatte. Entsprechend ist die pessimistische Auffassung – in Übereinstimmung mit den Westdeutschen – gleich hoch (90 %), dass sich das Lebensniveau zwischen den alten und den neuen Bundesländern viel später angleichen wird, als ursprünglich erwartet.³² Überdies wird den etablierten Parteien nicht mehr zugetraut, den weiteren „Aufbau Ost“ erfolgreich zu bewerkstelligen – eine Auffassung, die indes auch in Westdeutschland an Boden gewinnt.³³ Dieser Einschätzung wohnt ebenfalls ein la-

28 „Kaum einer möchte die Mauer wiederhaben. Aktuelle Umfrage zu Stimmungen und Erwartungen in Deutschland 15 Jahre nach dem Fall der Mauer“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 8.11.2004.

29 EBD.

30 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 398.

31 EBD.

32 EBD.

33 Vgl. EBD. Die Hälfte aller Befragten in Ost- und Westdeutschland trauen weder SPD noch CDU ausreichendes Engagement für den Osten zu.

tent demokratienschädigendes Element inne, handelt es sich bei der bundesdeutschen Demokratie doch zuvörderst um eine Parteiendemokratie.

Vor diesem Hintergrund spielt die gegenwärtig schwierige Situation des Arbeitsmarktes, insbesondere der etwaige Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, eine ausschlaggebende Rolle.³⁴ Im Juli 2005 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland insgesamt 11,3 %; der Unterschied zwischen Westdeutschland (9,5 %) und Ostdeutschland (18,5 %) ist gravierend, dort wurde auch die höchste Quote mit 28,2 % in Uecker-Randow erreicht.³⁵

Überdies ist der Erfahrungs- und Lernprozess der Demokratie, der den Westdeutschen durch die Ausnahmesituation der Nachkriegszeit seit dem „Korea-Boom“ von 1952 in Form von enormen Wachstumsraten, kontinuierlich steigendem Wohlstand und sozialer Sicherheit bis Mitte der 1960er Jahre erleichtert wurde, nach 1989/90 in Ostdeutschland keineswegs unter ähnlich günstigen ökonomischen Voraussetzungen erfolgt. Aller Voraussicht nach wäre der beiderseitige Integrationsprozess inzwischen erheblich weiter fortgeschritten, hätte es nach 1990 vergleichbare Rahmenbedingungen gegeben. Stattdessen geht „die besorgniserregend geringe Zustimmung zu den demokratischen Einrichtungen in Ostdeutschland auf einen Mix aus Erwartungsenttäuschung (wobei die Erwartungen teils illusionär waren und die Enttäuschung merklich verblasst), sowie auf eine als unsicher reflektierte zukünftige sozioökonomische Situation und die Wahrnehmung ungenügender Handlungschancen zurück“.³⁶ Hierfür lassen sich einige Indikatoren ausmachen, was z. B. im Wahlverhalten zum Ausdruck kommt: 55 bis 60 % der Ostdeutschen wählen „links“.

Auch ist der Hang unzufriedener Ostdeutscher virulent, für Oppositionsparteien zu stimmen oder jenen Parteien ihre Stimme zu geben, die sich gegenüber dem „System“ der Demokratie oppositionell verhalten oder zumindest gerieren. Dies zeigt auch der Zweitstimmenanteil der neuen Partei „Die Linke“, der in den neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 2005 bei 25,3 % lag im Vergleich zu 4,9 % in Westdeutschland.³⁷ Zudem ist der Glaube an die Versorgung durch den Staat (= „Versorgungsmentalität“) erheblich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Wenngleich die breite Mehrheit im wiedervereinten Deutschland nach wie vor keine grundlegenden Zweifel am Wert der pluralistischen Demokratie und dem Rechts- und Verfassungsstaat hegt, und unsere freiheitlich-demokratische

34 EBD. S. 399. Bereits knapp zwei Drittel der Westdeutschen halten es für schwierig, nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes wieder eine adäquate Stelle zu finden, in den neuen Bundesländern sind es demgegenüber 79 %.

35 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

36 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 401.

37 Der Bundeswahlleiter (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*.

Grundordnung einen unschätzbaren Wert für sich verkörpert, müssen die gegenwärtig unbefriedigenden ökonomischen Rahmenbedingungen, speziell die krisenhafte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit ihren potenziell Demokratie destabilisierenden Auswirkungen, auch aus diesem Blickwinkel sehr ernst genommen werden. Insofern ist eine rasche Belebung des Arbeitsmarktes aufgrund dezidierter und nachhaltiger Wachstumspolitik unerlässlich. Das heißt vor allem, in den neuen Bundesländern eine selbsttragende Wirtschaft zu schaffen, welche die Binnenmigration zwischen Ost- und Westdeutschland stoppt, Investitionen begünstigt und die Kaufkraft stärkt. Der Leitsatz hierzu heißt: Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein flexibler Arbeitsmarkt mit einem beschäftigungsfördernden Arbeitsrecht ist hierfür Voraussetzung. Dazu gehören die verstärkte Förderung der Bildungseinrichtungen, sowie eine Intensivierung der Forschung, um Innovationen und neue Technologien zu stimulieren. Angesichts der zusätzlichen Belastungen durch die aus demographischen und Kostengründen notwendige Reform unserer sozialen Sicherungssysteme sowie langfristig ansteigender Energiepreise dürfte die Lösung dieser Aufgaben schwierig genug bleiben. Gleichwohl gibt es dazu mittel- wie langfristig keine Alternative.

Dennoch muss abschließend betont werden, dass die genannten, z.T. schwerwiegenden Probleme, die das wiedervereinte Deutschland gegenwärtig zu schultern hat, nur allzu oft den Blick dafür verstellen, wie die Lage *vor* 1989 gewesen ist, als eine Wiedervereinigung utopisch erschien. Dieses so außerordentlich belastende Problem für die Deutschen in beiden deutschen Staaten, das eigentlich „deutsche“ Problem, schien angesichts der bestehenden politischen und militärischen Gemengelage zwischen Ost und West so gut wie unlösbar; auf jeden Fall schien es noch unüberwindbarer, als es die gegenwärtigen „Mühen der Ebene“ darstellen – ganz abgesehen davon, dass die bisher erzielten Erfolge keineswegs unterschätzt werden dürfen. Es ist daher durchaus hilfreich und stärkt den Blick für die bestehenden Realitäten, wenn man sich gelegentlich vergegenwärtigt, welche Bedeutung das Epochenjahr 1989 für Deutschland und die Deutschen gehabt hat – sie hat ihnen nach 40 Jahren Trennung die Einheit wiedergebracht.

